3. Motion von Jacob Auer und Marina Bruggmann vom 9. September 2020 "Bekämpfung von Missbräuchen von Praktika" (20/MO 5/54)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionäre.

Diskussion

Auer, SP: Manchmal habe ich das Gefühl, dass der Regierungsrat die Vorstösse nicht versteht. Unsere Motion macht auf ein grosses Problem in unserer Arbeitswelt aufmerksam. Ein Problem, das man auch "Ausbeutung" und "Lohndumping" nennen kann. Die Motionäre verlangen, dass die zuständige Kommission, wie es der Bundesrat entschieden hat, die Probleme aufspürt und eliminiert. Doch anstatt einer positiven Antwort überrascht mich die Beantwortung, die zum grossen Teil textlich aus der Motion abgeschrieben ist. Immer mehr Arbeitgeber stellen Praktikantinnen und Praktikanten anstatt festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Gemäss dem Bundesamt für Statistik waren 2017 10% aller Arbeitstätigen unter 24 Jahren in einem Praktikum angestellt. Indes sieht das Arbeitsgesetz keine Regelung für Praktika vor. Deshalb gibt es eine grosse Spannweite beim Lohn, bei der Dauer und bei der Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten. Auf nationaler Ebene tut sich wenig. In der Beantwortung auf eine Motion von Mathias Reynard zeigt der Bundesrat keine Bereitschaft, Praktika zu reglementieren. Unser Regierungsrat weist in Punkt 2 seiner Beantwortung unserer Motion darauf hin, dass es keine rechtliche Definition des Begriffs "Praktikum" gebe. Praktika sind also lediglich befristet und billig. Grundsätzlich gibt es drei Kategorien: das Vorlehrpraktikum, das Pflichtpraktikum während oder vor der Ausbildung zu einem Studium und das Praktikum während oder nach der Ausbildung ohne Pflicht. Da die Schnupperlehre nur einige Tage dauert, wird sie nicht als Praktikum bezeichnet. Zwar könnte man meinen, dass einige Formen weniger bedenklich seien als andere. So erscheinen Pflichtpraktika auf den ersten Blick wenig problematisch, da sie Teil der beruflichen Bildung sind, sofern entsprechende Rahmenbedingungen eingehalten werden. Jedoch besteht genau hier die Ausbeutung: junge Personen arbeiten zu einem geringen Lohn und oft ohne Betreuung. Deshalb müssen einheitliche Rahmenbedingungen definiert und umgesetzt werden. Ausserdem sind es jene Bedingungen des Praktikums, die Maturandinnen und Maturanden absolvieren müssen, um eine Fachhochschule besuchen zu dürfen. Oftmals mangelt es in diesen Praktika an Betreuung und entsprechender Entlohnung, was dazu führt, dass die Praktikantinnen und Praktikanten falsche Arbeitsweisen antrainieren. Auch hier fehlt wiederum die Durchsetzung des Mindeststandards. Bei Studentinnen und Studen-

ten gibt es ebenfalls prekäre Arbeitssituationen. Während des Studiums oder danach müssen sie oftmals mehrere Praktika zu prekären Bedingungen absolvieren, um eine Festanstellung zu erhalten. Hier reicht die Bandbreite der Journalistinnen und Journalisten, die gratis arbeiten, bis hin zu Juristinnen und Juristen, die für 2'000 Franken pro Monat in einer Anwaltskanzlei ihr Substituten-Jahr absolvieren. Im Thurgau arbeiten derzeit 4'500 Praktikantinnen und Praktikanten in Anwaltskanzleien. Viel zu oft bedeuten Hochschulpraktika zwar arbeiten wie Festangestellte, aber zu einem viel tieferen Lohn. Noch schlimmer ist die Situation aus Sicht der Vorlehrpraktikantinnen und -praktikanten. Insbesondere im Bereich der Pflege und Betreuung arbeiten sehr junge Personen im Alter von 15 oder 16 Jahren in prekären Anstellungsverhältnissen, in denen weder Betreuung noch Entlohnung gesichert sind. Oftmals arbeiten sie in sehr schlechten Zuständen, und sie sind masslos überfordert. Da sie nicht oder mangelhaft betreut werden, trainieren sie sich die falschen Arbeitsweisen an. Beispielsweise für die Ausbildung in einer Kindertagesstätte (Kita) wird in den allermeisten Fällen ein Praktikum gefordert. Allerdings hat die auszubildende Person keine Garantie, am Ende des Praktikums den Ausbildungsplatz zu erhalten. Vorlehrpraktika sind ausserdem seit der Einführung der Berufslehre, die in einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis endet, nicht mehr vorgesehen. Sie stellen somit eine Aushebelung des dualen Bildungssystems dar. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund spricht sich aus den genannten Gründen grundsätzlich gegen solche Praktika aus. Nur unter gewissen Bedingungen sieht er diese als zulässig an. Gute Arbeitsbedingungen, die nur durch Festanstellung oder Berufslehre erwirkt werden, sind höher zu gewichten als der Lerneffekt, den Praktika haben. Auch stehe ich den Anstellungsbedingungen von zwei Praktikantinnen und Praktikanten kritisch gegenüber, weil darin das Risiko besteht, dass sehr flexible, billige Arbeitskräfte andere Angestellte konkurrieren. Davon sind sowohl Privatunternehmen als auch die öffentliche Hand betroffen. Der Regierungsrat schreibt, dass alles in den Richtlinien der Tripartiten Kommission Thurgau aus dem Jahr 2016 geregelt sei. Ich bitte den Regierungsrat, mir die Regelung zu zeigen, in welcher eine 35-jährige Frau als Quereinsteigerin in der Pflege oder in der Kinderbetreuung ein einjähriges Praktikum für 1'000 Franken Lohn pro Monat absolvieren muss. Dies geschieht aber hier im Thurgau. Mit Erheblicherklärung der Motion hilft der Grosse Rat denen, die sich korrekt an die Vorgaben, die Entlohnung und die Betreuung von Praktikantinnen und Praktikanten halten. Bei Gutheissung der Motion kann der Regierungsrat mit der Tripartiten Kommission folgende Eckpunkte festlegen: Als Praktikantinnen und Praktikanten gelten nur Personen, die ein obligatorisches oder fakultatives Praktikum als Teil eines zertifizierten Lehrgangs absolvieren, ein Orientierungspraktikum nach Abschluss einer Ausbildung absolvieren oder ein berufliches oder soziales Wiedereingliederungspraktikum absolvieren, soweit es in den Geltungsbereich einer eidgenössischen oder kantonalen Rechtsvorschrift fällt; die Einführung einer maximalen Praktikumsdauer von sechs Monaten für jene Praktika, die im Zusammenhang mit einem universitären Studium stehen; die Verpflichtung auf eine ausbildungskompetente und angemessene

Betreuung; die Einführung einer Mindestlohnentschädigung; ein Verbot jeglicher Praktika, ausser Schnupperpraktika und Pflichtpraktika während oder vor der Ausbildung oder eines Studiums oder zumindest eine strenge Reglementierung. Aus diesen Gründen bitte ich die Ratsmitglieder, die Motion erheblich zu erklären.

Haller, CVP/EVP: Ich spreche im Namen der CVP/EVP Fraktion und vertrete Ratskollegin Katharina Bünter, die beruflich abwesend ist. Zunächst danke ich den Verantwortlichen der Verwaltung und des Regierungsrates für die kurze prägnante Beantwortung der Motion mit dem Hinweis auf die Richtlinien für Praktika der Tripartiten Kommission. Ich gehe davon aus, dass es notwendig ist, in Betrieben, die sich nicht an die Richtlinien halten, irgendwelche Sanktionen ergreifen zu können. Dies fehlt nämlich in den Richtlinien. Es ist Nachholbedarf vorhanden. Die Richtlinien der Tripartiten Kommission zeigen unter anderem auf, in welchen Bereichen es Praktika gibt: im Bereich der Invalidenversicherung, im Bereich leistungsschwacher Schüler, im Bereich des Studiums zur Erlangung von praktischen Fähigkeiten während des Studiums, in internationalen Konzernen und im Bereich der Berufsfindung in Berufen, in denen Menschen zu führen sind, also bei der Sozialpädagogik, in Kitas und im Gesundheitswesen. Die Rahmenbedingungen dieser Praktika, wie die Dauer usw., sind in den Richtlinien der Tripartiten Kommission festgehalten. Missbrauch muss unbedingt geahndet werden. Ratskollegin Katharina Bünter hat ihr Votum vor allem auf den Bereich der Kinderbetreuung ausgerichtet. Darauf bezieht sie sich als Direktbetroffene und nimmt gerne Stellung. Ich verlese dazu ihr Votum: "Ein Jahr Praktikum ist in vielen Kindertagesstätten eine Voraussetzung für eine Lehrstelle. Die Mehrheit der Kitas ist der Meinung, dass die Richtlinien der Tripartiten Kommission konsequent umgesetzt werden müssen. Für jedes angeleitete Praktikum muss zwingend eine Lehrstelle zur Verfügung stehen. Das heisst aber nicht, dass zu Beginn des Praktikums jede Person bereits eine Zusage für eine Lehrstelle erhält. Im ersten halben Jahr hat sich die Person zu bewähren und zu zeigen, dass sie für den Beruf auch geeignet ist. Da reicht ein einwöchiges Praktikum nicht. Weshalb wird von vielen ein Praktikum als notwendig erachtet? Zum einen ist dies historisch gewachsen. Kleinkinderzieherinnen, wie sie früher hiessen, konnten ihre Ausbildung erst mit 18 Jahren beginnen. Sie mussten die Zeit dazwischen überbrücken. Zum andern spielten die Finanzen damals eine Rolle. Eltern haben einen möglichst kostendeckenden Beitrag zu bezahlen, was im Grunde nicht wirklich der Fall ist. Dies führt zum Clinch zwischen Dienstleistung und Betriebswirtschaft. Kindertagesstätten müssen mit weit tieferen Tagesansätzen auskommen als Anbieter im Gesundheits-, Behinderten- und Betagtenwesen. Ein vollständiger Verzicht auf Praktikumsstellen müsste zwingend zu Beiträgen der Eltern oder von Firmen und der öffentlichen Hand führen." Gemäss der Einschätzung meiner Fraktionskollegin wären dies etwa 20%. Im internationalen Vergleich sind die Elternbeträge in unseren Kitas sehr hoch. Es stellt sich die Frage, ob Praktikantinnen und Praktikanten billige Arbeitskräfte sind. Das haben wir bereits gehört. Werden die jungen Leute beglei-

tet und sieht der Arbeitsort eine Ausbildung während des Praktikums vor? Ich habe mich in anderen Kitas erkundigt. Die Praktikantinnen werden angeleitet, und sie werden innerhalb der Kitas geschult. Sie gehen zwar nicht zur Schule, sie werden aber angeleitet, wie man mit Kleinkindern umgeht. Jedes Detail wird angeschaut, und es werden regelmässig Gespräche geführt. Die Praktikantinnen erhalten ein Feedback. Es hat sich erwiesen, dass das Praktikum im Hinblick auf die Schule eine gute Sache ist. Der Schulstoff kann nach einem Praktikum viel besser nachvollzogen werden. Hinzu kommt, dass die Personen viel rascher im Betrieb integriert sind, als wenn kein Praktikum absolviert wurde. In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass es vermehrt zu Lehrabbrüchen gekommen ist. Ob diese auf ein fehlendes Praktikum oder andere Gründe zurückzuführen ist, kann nicht endgültig beantwortet werden. Die jungen Menschen kommen mit 18 oder 19 Jahren aus der Lehre. Sie sind dann als Erzieherinnen angestellt und müssen zusammen mit zwei Lernenden und allenfalls einer Praktikantin eine Kindergruppe führen. Ich kenne eine Kita-Leiterin. Sie sagt, dass etliche Personen reif seien, andere aber Probleme haben. Es geht um Kinder, die ihnen anvertraut werden. Dies ist vergleichbar mit der Tätigkeit einer Lehrerin im Kindergarten. Diese hat 12 bis 18 Kinder zu betreuen. In der Kita sind es etwas weniger. Mit 18 Jahren muss man bereit sein, eine solche Gruppe leiten zu können. Ich möchte betonen, dass es ein absolutes "No Go" ist, dass junge Menschen im Praktikum ausgenutzt werden, und zwar ohne Aussicht auf eine Lehrstelle. Spätestens nach einem halben Jahr ist ihnen in einem fundierten Gespräch mitzuteilen, ob sie die Lehrstelle erhalten oder aus welchen Gründen die Verantwortlichen der Kitas dies nicht sehen. In den letzten Jahren, so haben es mir viele Leute bestätigt, ist es bezüglich Praktika im Thurgau besser geworden. Früher waren zu viele Praktikantinnen in Kitas angestellt. Die Hälfte erhielt danach keine Lehrstelle. Es wäre übrigens begrüssenswert, wenn während des Praktikums schulische Fächer angeboten würden. Hier könnten im Lehrplan Lücken geschlossen werden. Auch der Branchenverband Kinderbetreuung Schweiz "kibesuisse" empfiehlt, von Vorlehrpraktika abzusehen, wenn sie nicht im Rahmen eines Berufsvorbereitungsjahres angeboten werden. Dies kann dem "Tagblatt" vom 16. Juni 2018 entnommen werden. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass in den Kitas offene Stellen vorhanden sind. Es mangelt also an Fachpersonen. Der totale Wegfall von Praktika würde die Situation noch zusätzlich verschärfen, und es müssten Kinder abgewiesen werden. Sie könnten also nicht in eine Kita aufgenommen werden. Wie in der Beantwortung des Regierungsrates zu lesen ist, sind Praktika nicht nur in der Kinderbetreuung und im Gesundheitswesen übliche Praxis. Ein Praktikum ist eine gute Sache, wenn es zeitlich befristet ist und man nicht immer wieder vertröstet wird, dass später vielleicht eine Festanstellung daraus wird. Die grosse Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion ist für Nichterheblicherklärung der Motion.

Gschwend, FDP: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Motion. Die Motionäre wittern in der Thurgauer Luft Verstösse gegen das Ar-

beitsrecht, vorwiegend Lohndumping, und somit auch Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene. Als ehemaliger Präsident einer Kinderkrippe weiss ich genau, was mit der Motion gemeint ist. Wie beschrieben setzt genau diese Branche in ihrem Ausbildungskonzept unter anderem relativ stark und bewusst auf Praktikumsverhältnisse. Als ich das Präsidium meiner Krippe übernahm, war ich überrascht, mit welcher Selbstverständlichkeit Praktikumsverträge ausgestellt werden. In meiner, der Grünen Branche, kennen wir das so nicht. Bei uns gibt es höchstens Praktika in Form einer Weiterbildung oder Zweitausbildung. Welches ist das Ziel eines Praktikums vor der Berufslehre? Die Praktikanten lernen den Beruf gut kennen und werden reifer. Natürlich, und da gebe ich den Motionären absolut recht, kann dies auch ausgenutzt werden. Das ist nicht in Ordnung. Es muss verurteilt und verhindert werden. Wie es der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, gibt es im Kanton Thurgau verschiedene Ebenen, die diese Praktikumsverhältnisse prüfen. Die von den Motionären gewünschte Aufsicht über die Tripartite Kommission ist bereits installiert. Ein Praktikumsvertrag wird von der Krippenleitung, der Praktikantin oder dem Praktikanten und, falls diese minderjährig sind, von den Eltern unterschrieben. Die zwei Partner gehen im gegenseitigen Einverständnis miteinander einen Vertrag ein, besprechen die Arbeitsbedingungen und unter anderem auch den Lohn. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die vorhandenen Richtlinien gegen den Missbrauch der Arbeitsbedingungen bei Praktika im Kanton Thurgau richtig und ausreichend sind. Sie empfiehlt einstimmig, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Schenk, EDU: Die EDU-Fraktion dankt für die kurze und bündige, aber klärende Beantwortung der Motion. Generell unterstützen wir Praktika im Zusammenhang mit unserem Bildungssystem. Richtig angewendet sind Praktika wertvoll und oft auch Voraussetzung für den Einstieg in die berufliche Grundbildung. Missbrauch in Form von Billigarbeitskräften lehnen wir ab. Gleichzeitig weisen wir aber auf den Spagat hin, der in Branchen mit hohem Kostendruck herrscht. Hier geht es oft ums Überleben. Somit ist die Versuchung für Missbrauch gross. An dieser Stelle platziere ich das Stichwort "Auftragsvergabekriterien". Diese haben mit Sicherheit einen erheblichen Einfluss in der vorliegenden Thematik. Ich mache ein Beispiel: Wenn Aufträge, und zwar private wie öffentliche, an den billigsten Anbieter vergeben werden, kann dies einen Missbrauch von Praktika fördern. Gemäss der Gewerkschaft "SYNA" sind jene Branchen, die Missbrauch betreiben, bekannt. Die vorhandenen Kontroll- und Sanktionsmittel sind aber grundsätzlich genügend, um dem entgegenhalten zu können. Wir sind mit dem Regierungsrat einig und lehnen die Motion ab.

Bruggmann, SP: Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der Motion. Mehr Gründe finde ich leider nicht, um mich zu bedanken. Die Beantwortung ist oberflächlich, mangelhaft und fast schon schnippisch. Der Regierungsrat weist lediglich darauf hin, dass die Tripartite Kommission des Kantons Thurgau Anstellungsverhältnisse in Form

von Praktika seit Jahren überprüfe. In den Richtlinien der Tripartiten Kommission zu den zugelassenen Formen von Praktika heisst es bei den ergänzenden Voraussetzungen für die aufgelisteten Arten unter c. Auflage der Branchenbetriebe: "Der Praktikumsbetrieb ist berechtigt, Lernende auszubilden und er hat dem Praktikanten/der Praktikantin eine entsprechende Ausbildung in Aussicht gestellt. (Parallel nicht mehr Praktikanten als Lehrstellen)." Wie kann es also sein, dass wir im Thurgau noch immer etliche Betriebe haben, die eine Summe von Praktikumsplätzen anbieten, im Anschluss aber nur einen Bruchteil Lehrstellen zur Verfügung stellen? Junge Erwachsene erhalten zwar rasch einen Praktikumsplatz, eine Lehrstelle im Anschluss ist aber nicht für alle vorhanden. Unter den jungen Anwärtern beginnt ein Buhlen um die vorhandenen Lehrstellen. Dies ist für die Zusammenarbeit nicht gerade förderlich. Während des Praktikums arbeiten sie meist zu 100% im Betrieb mit, übernehmen Verantwortung und erhalten als Entschädigung ein besseres Taschengeld. Wie sonst kann es sein, dass es für einen Betrieb schwierig wird, das Alltagsgeschäft aufrecht zu erhalten, wenn die Praktikantin oder der Praktikant einmal ausfällt? Es ist wohl kaum verwunderlich, dass junge Menschen diesen Berufswunsch wieder verlassen und sich eine Ausbildung mit realen Ausbildungschancen suchen. Schade. Es scheint, als wolle hier niemand die Verantwortung wahrnehmen. Der Bund delegiert sie an die Kantone und der Kanton an die Tripartite Kommission. Diese hat 2018 22 Kitas zu diesen Fragen untersucht. Nur gerade bei fünf der untersuchten Kitas hatte die Kommission nichts zu beanstanden. In den folgenden Jahren wurden immer wieder Kitas kontrolliert. Das Problem der vielen Praktikums- und der nur geringen Ausbildungsplätze im Anschluss ist seit Jahren bekannt. Es gibt Richtlinien, aber kein Gesetz. Die Mittel der Tripartiten Kommission sind somit beschränkt. Dies bestätigt auch Daniel Wessner, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Thurgau, gegenüber dem "Tagblatt". Auch das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung bestätigt, dass es eine gesetzliche Regelung brauche, damit die Grauzone zwischen den Richtlinien und dem Arbeitsgesetz nicht ausgenutzt werden könne. Nun müssen wir doch wieder an das andere Ende der Schweiz reisen. Denn gerade gestern hat der Grosse Rat des Kantons Bern das Gesetz über die sozialen Leistungsangebote verabschiedet. Das Gesetz verpflichtet Kitas, Gesamtarbeitsverträge oder orts- und branchenübliche Arbeitsbedingungen einzuhalten. In einer Verordnung dazu wird unter anderem die Regelung der Praktika Thema sein. Vorlehrpraktika ohne Bildungsanteil sollen nicht mehr an den Betreuungsschlüssel angerechnet werden dürfen. Somit verliert die Einstellung von billigen Praktikantinnen und Praktikanten den Anreiz und führt zu einer Anpassung des Personalschlüssels und somit auch zu einer Qualitätssteigerung. Es kann nicht sein, dass Praktikantinnen aufgrund von Personalmangel eingestellt werden. Die Aufsicht muss verbindlich gestärkt werden. Handlungsbedarf ist gegeben. Alle Betriebe, die sich an die Richtlinien und Vorgaben halten und Praktikantinnen und Praktikanten nicht als billige Arbeitskräfte einsetzen, haben gar nichts zu befürchten. Daher bitte ich den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären. Die grosse Mehrheit der SP-Fraktion wird dies tun.

Schäfer, GLP: "Wenn du kein Praktikum erhältst, weil du keine Erfahrung hast und keine Erfahrung hast, weil du kein Praktikum erhältst." Mit dieser Aussage "oute" ich mich als praktikumskritisch. Als Berufsschullehrer unterrichte ich mehrheitlich Lernende für den Beruf "Fachmann/-frau Betreuung" aus dem Bereich der Kinderbetreuung. Konkret arbeiten meine Lernenden in Kitas als Kleinkindererzieher und Kleinkindererzieherinnen. Genau in dieser Branche ist das Praktikum ein Problem. Da ich nicht grundsätzlich gegen Praktika bin, gehe ich in meinem Votum nur auf Praktika vor der Berufslehre ein. Ein paar konkrete Beispiele: Ich habe drei der 40 Lernenden aus meinen Klassen des 1., 2. und 3. Lehrjahres hinsichtlich der Motion befragt. Ich habe gefragt, wer von ihnen vor der Lehre ein Praktikum absolvierte. Rund 87% der Befragten haben vor der Lehre ein Praktikum absolviert. Die Zahl deckt sich mit den schweizweit 84%. Bei anderen Berufen sind es maximal 20%, die ein Praktikum vor der Lehre absolvierten. 80% meiner befragten Lernenden absolvierten ein Praktikum von einem Jahr, die restlichen 20% absolvierten vor der Lehre sogar während mehreren Jahren ein Praktikum. Knapp 70% mussten das Praktikum im selben Betrieb in Angriff nehmen, in welchem sie sich nun in der Ausbildung befinden. Eine Lernende sagte sogar aus, dass es in ihrem Lehrbetrieb zehn Praktikumsstellen für eine Lehrstelle gegeben habe. Man kann sich vorstellen, welchen Konkurrenzkampf das bedeutet. Auf die Frage, ob Praktikanten günstige Arbeitskräfte seien, bejahten dies mit knapp 90% die meisten. Ich habe aber auch mit einer Leiterin einer Kita mit 20 Angestellten über das Thema gesprochen. Ihre Hauptaussagen: Eine Praktikumsstelle sei bei ihnen fix einberechnet. Üblicherweise dauere das Praktikum ein Jahr. Die Praktikantin oder der Praktikant erhalte anschliessend die Lehrstelle. Finanziell würde es ohne Praktikumsstelle gar nicht aufgehen. Sie fordert deutlich eine öffentliche finanzielle Unterstützung, denn schon jetzt würden die Eltern zwei Drittel der Kosten tragen. In der Westschweiz sei es nur ein Drittel und im Ausland gar ein Fünftel. Die vorliegende Motion verlangt, dass insbesondere überprüft werden soll, ob durch Praktika ohne Ausbildungscharakter ortsübliche Löhne und Anstellungsbedingungen unterlaufen werden. Die vom Regierungsrat erwähnten Richtlinien der Tripartiten Kommission sind ein Schritt in die richtige Richtung. Um aber Missbräuchen vorzubeugen, bräuchte es strengere Vorgaben und vor allem noch klarere gesetzliche Rahmenbedingungen. Insbesondere bei der Dauer würde ich ein Praktikum auf maximal sechs Monate begrenzen. Wenn das Praktikum mehr als sechs Monate dauert, müsste ein Lehrvertrag vorliegen. So würden Praktika einerseits zeitlich begrenzt. Andererseits wäre die Aussicht auf eine Lehrstelle ein erster Schritt im Kampf gegen Ausbeutung und Missbrauch. Mir ist klar, dass es bei der Motion nicht um den Inhalt der Richtlinien der Tripartiten Kommission geht. Meines Erachtens müsste der Hebel bei der Finanzierung angesetzt werden. Der Bereich der Kleinkindererziehung hat keine Lobby. Es ist höchste Zeit, dass wir das Thema aufgreifen. Wenn die Kitas besser unterstützt werden würden, bräuchte es gar keine Praktikumsstellen mehr. Es kann doch nicht sein, dass eine dreijährige Lehre mit einem Praktikum faktisch vier oder sogar fünf Jahre dauert. Der Verband Kinderbetreu-

ung sagt ebenfalls klar und deutlich, dass es keine Praktikumsstellen brauche. Die Problematik besteht darin, dass, bevor es die Lehre gab, das Praktikum vor der Ausbildung obligatorisch war. Dies ist bei vielen Kitas noch Tradition und bei den Leitungen in den Köpfen. Ein Betreuungsplatz kostet im Durchschnitt 110 Franken pro Tag. Ohne Praktikumsstelle wären es 145 Franken. Wer bezahlt die Mehrkosten? Für die Eltern kostet ein Betreuungsplatz bereits viel. Die Öffentlichkeit, die Eltern, die Betriebe und die Politik müssen dringend für das Thema sensibilisiert werden. Kitas sollten wie Schulen finanziert werden. Schweizer Kitas haben mit Mangel an ausgebildetem Personal zu kämpfen. Letztlich beeinträchtigt dies das Wohl der Kinder. Würde der frühkindliche Bereich finanzpolitisch wie die Schulen behandelt, könnte eine bessere Qualität ohne Praktika erzielt werden. In der Beantwortung des Regierungsrates wird erwähnt, dass die Richtlinien von der Fachstelle Arbeitsmarktaufsicht bei der Prüfung von Praktikumsverhältnissen angewendet werden, aber nur bei Verdacht auf Missbrauch. In der Beantwortung heisst es weiter, dass 2017 85, 2018 103 sowie 2019 und 2020 nur noch je sieben Praktika untersucht wurden. Es ist aber nicht erwähnt, bei wie vielen Praktika ein Missbrauch festgestellt wurde und was dagegen unternommen wird. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass von Missbrauch betroffene Praktikanten und Praktikantinnen einen Missstand melden, da sonst ihre berufliche Zukunft auf dem Spiel steht. Auch stelle ich immer wieder fest, dass Lernende ihre Rechte nicht oder zu wenig kennen. Ich bin davon überzeugt, dass die Dunkelziffer von Missbrauch in Praktika hoch ist. Die Tripartite Kommission sollte speziell im Bereich der Kinderbetreuung genauer hinschauen und aktiver werden. Falls dies nicht eintrifft, behalten wir uns entsprechende Vorstösse vor. Weil wir Praktika nicht pauschal unter den Verdacht des Missbrauchs stellen wollen, empfiehlt die GLP-Fraktion, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Hauser, GP: Seit vier Jahren werden Praktika im Thurgau durch die Tripartite Kommission des Amtes für Wirtschaft und Arbeit überprüft. Der Kanton erfüllt damit die Empfehlungen des Bundesrates aus dem Jahr 2018. Der Begriff "Praktikum" ist rechtlich nicht speziell geregelt. Dies erschwert die Richtlinien einer Überprüfung erheblich. So wurden in den Jahren 2017 und 2018 insgesamt knapp 200 Betriebe untersucht, allerdings mit dem Hauptfokus auf Lohnunterschreitungen. 2019 und 2020 ging die Zahl auf jeweils sieben Untersuchungen zurück. Dieser Umstand wirft Fragen auf. Noch immer werden junge Menschen vorwiegend im sozialen Arbeitsumfeld als günstige Arbeitskräfte eingestellt. Sie übernehmen meist in kurzer Zeit viel Verantwortung und werden dabei nicht oder zu wenig durch interne Weiterbildungen oder passend ausgebildete Fachpersonen begleitet. Die Dauer des Arbeitseinsatzes variiert von wenigen, teils unbezahlten Wochen bis zu zwölf Monaten. In den Richtlinien werden zwar diverse Arten von Praktika beschrieben, eine klare und überprüfbare Regelung fehlt aber. Diese Defizite sollen, wie die Motionäre fordern, durch Anpassungen von überprüfbaren Kriterien und nötigenfalls der entsprechenden Gesetze behoben werden. Die Grüne Fraktion ist einstimmig der

Meinung, dass in Bezug auf die Überprüfung von adäquaten Praktikumsplätzen Handlungsbedarf besteht und unterstützt die Motion.

Tschanen, SVP: Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Motion. Aus meiner Praxis sehe ich keinen weiteren Handlungsbedarf. Im Bauhauptgewerbe ist die maximale Dauer eines Praktikums definiert. Aus vertragsrechtlichen Gründen werden Praktikumsplätze schon jetzt massiv reduziert. Wenn sich die Bedingungen noch verschärfen, werden sich die Arbeitgeber hüten, solche Stellen anzubieten. So ist es auf dem freien Arbeitsmarkt jedem Praktikanten freigestellt, eine Praktikumsstelle anzunehmen oder abzulehnen. In den paritätischen Kommissionen, so im Speziellen im Bauhauptgewerbe, kennt man keine einschlägigen Fälle, die eine Verschärfung der Reglementierung rechtfertigen. Ich bin froh, dass noch immer genügend Praktikumsstellen zum Kennenlernen der Berufsbilder, zur Überbrückung von Semesterferien, Studienunterbrüchen oder vor dem Militärdienst und zu den Studiengängen zur Verfügung gestellt werden. Meines Erachtens werden Missbräuche bereits heute durch den Einsatz der Tripartiten Kommission geahndet und kontrolliert. Vor diesem Hintergrund sieht die SVP-Fraktion keinen weiteren Handlungsbedarf und ist einstimmig für Nichterheblicherklärung.

Regierungsrat **Schönholzer**: Der Motionär zeichnet ein drastisches Bild. Er spricht von Ausbeutung und prekären Arbeitsbedingungen. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, dass dieses Bild der Realität im Thurgauer Arbeitsmarkt in keiner Weise gerecht wird. Mit vielen Praktika wird jungen Leuten ein mehrwöchiger Einblick in ein Berufsfeld ermöglicht. Dies wird vor allem auch von Maturitätsabsolventinnen und -absolventen sehr geschätzt. Es liegt nicht an uns, derartige Beschäftigungen zu verbieten. Bei Praktika stehen nicht die Arbeitsleistungen, sondern die Erkenntnisse im Vordergrund, welche die meist jungen Menschen im Rahmen der praktischen Tätigkeit erzielen können. Dies gilt wohl auch für das mir nicht konkret bekannte Beispiel der 35-jährigen Praktikantin, die der Motionär erwähnt. Ich möchte die Ratsmitglieder nicht mit Zitaten aus den Richtlinien langweilen. Der Link dazu ist in der Beantwortung zu finden. Die Richtlinien geben auf alle hier gehörten Befürchtungen eine Antwort. Im Thurgau wurden die Richtlinien in der Tripartiten Kommission gemeinsam mit Vertreterinnen und -vertretern der Arbeitnehmer erarbeitet. Es ist keine "Übung", die das Amt für Wirtschaft und Arbeit im stillen Kämmerlein vorgenommen hat. Die Richtlinien wurden im Jahr 2016 erarbeitet. Sie sind also aktuell. Die Thurgauer Lösung hat alle Praktikumsformen im Blick und definiert, was zulässig ist und was nicht. Gestützt auf diese Richtlinien erfolgt die Überprüfung des Arbeitsmarktes. Es ist nicht einfach ein Papiertiger. Wir arbeiten wirklich mit den Richtlinien und überprüfen sehr genau. Die Anzahl der Überprüfungen wurde in der Beantwortung genannt. Wir sanktionieren auch. Es geht nicht darum, einzelne Anstellungen zu verbieten, sondern sicherzustellen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Missbrauch

geschützt sind. Da sind wir wohl alle einer Meinung. Die Richtlinien der Tripartiten Kommission sind für die Arbeitsmarktaufsicht ein sehr wertvolles Instrument, das hilft, zu unterscheiden, wo eine missbräuchliche Lohnunterbietung vorliegt und wo ein tiefer Lohn für eine Beschäftigung akzeptiert werden kann. Die Kontrollen der Arbeitsmarktaufsicht erfolgen stichprobenartig, auf Hinweis oder geplant im Rahmen der Kontrollen von sogenannten Fokusbranchen. Im Geschäftsbericht sind jeweils Zahlen dazu zu finden. Hinweisen wie das genannte Beispiel des Motionärs gehen wir sofort und in aller Konsequenz nach. Zudem werden jedes Jahr Fokusbranchen definiert. 2017 und 2018 waren dies Kinderhorte. In dieser Branche wird häufig mit Praktika gearbeitet, vor allem vor Beginn einer Lehre. Die Gründe dafür wurden in vielen Voten dargelegt. In den anderen Fokusbranchen sind Praktikumsverhältnisse sehr selten anzutreffen. Ebenso wurden wenige Praktikumsanstellungen in den Einzelkontrollen entdeckt. Insgesamt kann festgehalten werden, dass Praktika kein bedeutendes Phänomen im Kanton Thurgau darstellen. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass eine sofortige Anpassung der Richtlinien nicht angezeigt ist. Ich werde die heutige Diskussion aber im Amt für Wirtschaft und Arbeit respektive bei der Tripartiten Kommission spiegeln und sie über das Anliegen und die Befürchtungen orientieren. Der Regierungsrat kann keinen Bedarf nach zusätzlichen gesetzlichen Regelungen erkennen und empfiehlt deshalb Nichterheblicherklärung der Motion.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 88:30 Stimmen nicht erheblich erklärt.